

Die Landesvorsitzenden der LINKEN in den ostdeutschen Ländern
Die Fraktionsvorsitzenden der LINKEN in den ostdeutschen Parlamenten
- weitere Unterzeichnerinnen und Unterzeichner -
Tobias Schulze, MdA; Paul Wellso; Thomas Falkner

Der LINKE Aktionsplan Ost 2017/18

<i>Der neue Ostdeutschland-Diskurs - Anlässe und Hintergründe, Dimensionen und Herausforderungen sowie Schlussfolgerungen für DIE LINKE</i>	2
<i>Grundelemente eines linken "Aktionsplanes Ostdeutschland"</i>	6
<i>Neue strategische Schlussfolgerungen</i>	7
<i>Drängende Forderungen der ostdeutschen Länder an die sich neu formierende Bundespolitik</i>	7
<i>Verschleppte strategische Fragen jetzt lösen</i>	8
<i>Einkommensdifferenz Ost/West.</i>	8
<i>Abschaffung unterschiedlicher Rechtsrahmen.</i>	9
<i>Umgang mit dem Rückstand in der Wirtschafts- und Finanzkraft der ostdeutschen Länder und Kommunen.</i>	9
<i>Regional- und Strukturpolitik.</i>	10
<i>Bildungs- und Wissenschaftspolitik.</i>	11
<i>EU-Kohäsionspolitik.</i>	11
<i>Regionale Herausforderungen Ost von bundesweiter Bedeutung.</i>	12
<i>Unterrepräsentanz von Ostdeutschen.</i>	12
<i>Ostdeutsche Lebensleistungen</i>	13
<i>Aufarbeitung der ökonomischen, rechtlichen und politischen Weichenstellungen in die deutsche Einheit 1990.</i>	13
<i>Eine neue Art demokratischer Politik.</i>	14
<i>Die Rolle der LINKEN und ihr Weg zur Partei einer sozial geprägten Zukunft</i>	15
<i>Zusammenfassung</i>	18
<i>Weichenstellungen für die Zukunft</i>	18
<i>"Reparaturbetrieb" und notwendige Korrekturen</i>	18

Der neue Ostdeutschland-Diskurs - Anlässe und Hintergründe, Dimensionen und Herausforderungen sowie Schlussfolgerungen für DIE LINKE

Unter beunruhigenden Vorzeichen taucht Ostdeutschland mit der Bundestagswahl 2017 aus der bundespolitischen Vergessenheit wieder auf. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik hat eine Partei rechts der Union, eine Partei mit klar rechtspopulistischem bis rechtsextremem Charakter und mit offenen Grenzen zu alten und neuen Nazis, in den Bundestag einziehen können und dabei noch ein so starkes Ergebnis erzielen können wie jetzt die AfD. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik differenziert sich das Lager rechts der Mitte aus, versagt die demokratische Bindekraft der Union. Die AfD ist, blickt man auf ihre Wählerschaft, in erster Linie eine Abspaltung von CDU und CSU. Vor allem frühere Wählerinnen und Wähler der Union sowie ehemalige Nichtwählerinnen und Nichtwähler sowohl aus den bedrohten sozialen Milieus als auch aus der bürgerlichen Mitte haben sich ihr zugewandt.

In Ostdeutschland ist die AfD fast doppelt so stark wie im Westen des Landes. Die Parteien der alten Bonner Republik - Union, SPD, FDP und Grüne - binden hier nur noch 54 Prozent der Wählerinnen und Wähler, während sie im Westen noch reichlich drei Viertel erreichen.

Letzteres mag erklären, warum die vornehmlich westdeutsch geprägten politischen, publizistischen und wissenschaftlichen Eliten großteils dazu neigen, die mit der Bundestagswahl 2017 eingetretene historische Zäsur zu einem vor allem ostdeutschen Skandalon zuzuspitzen - was es nicht ist.

Die Bertelsmann-Stiftung kommt in ihrer umfassenden und empirisch gut gestützten Wahlanalyse zu der generellen Schlussfolgerung, der Wahlgang zeige "eine neue Konfliktlinie auf: zwischen Modernisierungsskeptikern und -befürwortern".¹ Die Studie macht in der Tat sehr deutlich: Die Wählerinnen und Wähler von GRÜNEN, LINKEN, FDP, SPD und CDU/CSU sind mehrheitlich den Modernisierungsbefürwortern zuzuordnen die der AfD zu fast zwei Dritteln den Skeptikern.² "Diese Spaltung könnte auch in Zukunft die politischen Auseinandersetzungen und Wahlergebnisse prägen", prognostizieren die Autoren

Blickt man auf die Megatrends, die der Modernisierung derzeit zugrunde liegen - also Globalisierung und Digitalisierung, so stellt man fest, dass diese für Deutschland erst jetzt wirksam gewordene neue Konfliktlinie und die damit verbundenen alternativen Antworten auf die Herausforderungen bei Wahlgängen in anderen westlichen Ländern bereits dominant waren: "Fuck the globalists!" und "America first!", rief Donald Trump; "Take back control" forderten die Brexiteers. Andererseits wurde Emmanuel Macron mit einem klar pro-europäischen Wahlkampf Staatspräsident in Frankreich. Und in Deutschland verläuft bezüglich der Präferenz für Weltoffenheit oder dichtere nationale Grenzen ein klarer Spalt zwischen der Wählerschaft der AfD und der der Bundestags-Mehrheit.

Womit wir es (gesellschafts-)politisch zu tun haben, das ist *nicht* eine jäh aufgebrochene Situation, deren Verlängerung in die Zukunft aufzuhalten wäre. Nein - womit wir es *stattdessen* zu tun haben, das ist ein Umschlagpunkt in einem zumindest seit der vorangegangenen historischen Zäsur 1989/90 laufenden Prozess der Selbst-Delegitimierung der politischen Klasse der Bundesrepublik. Jeder Einschnitt in dieser Entwicklung hatte nachhaltige Folgen für das politische System - erst auf der linken, jetzt auch auf der rechten Seite. Hier sei nur daran erinnert, dass der Aufschwung der PDS in den 90er Jahren in engem Zusammenhang mit der

¹ Vehrkamp, Robert/Wegschaidler, Klaudia: Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017. BertelsmannStiftung, Oktober 2017

² Der jeweilige Wähleranteil wurde auf Basis einer aus Umfragedaten und Stimmbezirksanalysen geschätzten Wahlbeteiligung sowie der Parteiergebnisse in den verschiedenen Milieus berechnet.

Krise der Bonner Vereinigungspolitik und dass die Entstehung der LINKEN in direktem Zusammenhang mit der Aufkündigung des alten rheinischen Sozialstaatsversprechens durch die Schröder-Münteferingschen Reformen von Hartz IV bis zur Rente mit 67 standen. Alle diese Einschnitte - so auch jetzt das Aufkommen der AfD - waren mit besonders heftigen Aufwallungen und besonders zugespitzten Erfahrungen in Ostdeutschland verbunden. Folgt man dieser Analyse einer neuen Konfliktlinie, dann lässt sich folgende These aufstellen: die AfD wird deswegen im Osten besonders stark, weil die Parteien der Modernisierungsbefürworter an Bindungskraft einbüßen. Auch profilbildende Konflikte innerhalb dieses tendenziell gestaltenden Lagers, etwa um soziale Fragen, mobilisieren vordergründig weniger. Das gilt es zu ändern. Dort, wo Kristallisationspunkte einer lebendigen Zivilgesellschaft, einer solidarischen und demokratischen Alltagskultur schwach ausgeprägt sind, dort fällt die Verarbeitung tatsächlicher oder vermeintlicher Zumutungen der Modernisierung und vor allem der Zuwanderung besonders schwer. Das gilt in Ost wie West – allerdings ist die Schwäche der organisierten Zivilgesellschaft, einer „temperierenden Mitte“³ im Osten in der historischen Entwicklung verbreiteter, die Wohlstandspolster wesentlich dünner und das Tempo der Modernisierungsprozesse höher.

Diese Spezifika lassen sich auch mit Blick auf andere Transformationsgesellschaften in Ostmitteleuropa wie Polen, Ungarn, Tschechien oder der Slowakei nachweisen. Trotz individueller Bemühungen der Menschen und einer immensen Adaptionsleistung konnte das wettbewerbsbasierte Versprechen auf Angleichen des Wohlstandsgefälles in der Fläche nicht erreicht werden. Der Aufholprozess kam im Laufe der 2000er Jahre zum Erliegen, niedrigere Lohn- und Steuerniveaus reichten nicht im Wettbewerb mit Niedriglohnstandorten in Asien und Südeuropa. Stattdessen vergrößerten sich Spaltungstendenzen, wenige hatten es nach oben geschafft, ein großer Teil richtete sich auf einem niedrigeren Niveau, oft auch in Armut, ein.

Und trotzdem eint die Bevölkerungen der Transformationsgesellschaften wohl der Eindruck, dass das Versprechen der Angleichung an die Wohlstandszonen Westeuropas nicht erfüllt wurde und auch nicht mehr erfüllt wird. Im Gegenteil wird vielen deutlich, dass diese Wohlstandszonen auch im Westen erodieren und nur eine kleiner werdende Schicht von Menschen teilhaben kann. Dieser Eindruck hat Folgen für das bisherige Leitbild des westlichen Demokratie- und Gesellschaftsmodells: es verliert an Bindungskraft. Die politischen Entwicklungen in den genannten Ländern zeigen diesen Bruch deutlich.

Die neuen Bundesländer hatten es dabei durch die massiven Geldzuflüsse aus dem Westen im Vergleich mit den Nachbarn im Osten Europas noch am besten getroffen. Es gab einen Aufholprozess, ohne jedoch das Westniveau an Einkommen, Vermögen und materieller Sicherheit zu erreichen. Die Verringerung des Abstands in der Wirtschaftskraft hat sich in den vergangenen 15 Jahren erheblich verlangsamt, heute holt der Osten bis auf wenige Ausnahmeregionen kaum noch auf.

Im Osten Deutschlands hat sich trotzdem bei einer Mehrheit ein kleiner Wohlstand auf mehr oder weniger niedrigem und mittlerem Niveau eingestellt – prekär, weil nach der Agenda 2010 und ohne Vermögen im Hintergrund das Risiko des Absturzes auf das Existenzminimum im Hintergrund steht. Prekär auch, weil das öffentliche Gemeinwesen in diesen an Bevölkerung und Wirtschaftskraft stagnierenden oder gar schrumpfenden Regionen unterfinanziert bleibt und keinen Ausgleich bieten kann. Menschen, die unter den Bedingungen der Schrumpfung, der anhaltenden Strukturschwäche ihrer Region ihr Leben gestalten – diese gibt es auch im Westen, aber im Osten sind sie die Mehrheit. Die Schicht der gut verdienenden, kosmopolitischen Bildungsbürger, die der abgesicherten Kernbelegschaften in der Industrie oder gar die oberen

³ Stephan Locke: "Warum sich der Protest noch ausweiten könnte." FAS 01.10.2017 <http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/afd-erfolg-unbehagen-im-osten-koennte-sich-ausbreiten-15225782-p2.html>

10.000 mit Kapital und Einfluss – diese Eliten, Modernisierungsgewinner, strukturbestimmend für weite Teile der westdeutsche Gesellschaft, kommen im Osten nur in homöopathischen Dosen und vor allem in den Großstädten vor – und sind oft noch westdeutsch sozialisiert.

Der Osten hat sich im Laufe der fast 30 Jahre nach den Umbrüchen der Wendejahre im Prekären eingerichtet – man war eine kurze Zeit Teil der großen Weltgeschichte, die Verarbeitung dieser Erfahrung mit all ihren Brüchen auch im privaten Nahumfeld, in den sozialen Mikrostrukturen ist nicht abgeschlossen. Viele Menschen im Osten verstehen sich nicht mehr als Gewinner dieser Prozesse. Prozesse der Modernisierung, der Globalisierung, der Digitalisierung mit all ihren zwiespältigen Folgen und der Entfremdung treffen auch den Westen. Aber im Osten wirken sie unvermittelt, denn dieser hatte die „Goldenen Jahre“ des Rheinischen Kapitalismus bestenfalls im Fernsehen oder als Rentner auf Westreise erlebt. Die Welt veränderte sich schneller und seit den 2000er Jahren aus Sicht der „Modernisierungsverlierer“ meist nicht zum Guten. Die Folge in Ost wie West – Rückzug auf die regionale Scholle, auf die Versatzstücke überlieferter Alltagskultur, zunehmend auch auf völkisch-nationalistische Identifikationsmuster – im Osten war auch die Wahl der PDS ein Stück Heimatgefühl und Trotz gegen die kulturellen und sozialen Zumutungen.

Was wir hier beschreiben, ist ein Trend, ein weithin bestimmender Trend - aber nicht das Ganze. Die Fragmentierung ist auch in der ostdeutschen Teilgesellschaft mittlerweile hoch. Zwischen Metropolenräumen wie Berlin oder Leipzig, zwischen großen Städten im ostdeutschen Raum wie etwa Erfurt und schließlich den strukturschwachen Räumen, vornehmlich ländlich geprägt und mit schwächeren Städten, bestehen beträchtliche ökonomische, soziale, politische und kulturelle Unterschiede. Und auch in den jeweiligen Räumen ist eine starke, wiederum sehr spezifisch ausgeprägte, mit unterschiedlichen individuellen Erwartungen ausgestattete Fragmentierung zu erleben.

Massive soziale Unterschiede, wie sie sich zunehmend in den westlichen Gesellschaften zeigen, prägen auch die links-affinen Milieus im Osten, die potenzielle und tatsächliche Wählerschaft der LINKEN hier -

- von im Öffentlichen Dienst, großteils allerdings im mittleren und unteren Bereich, gut abgesicherten Bediensteten (oftmals noch aus DDR-Dienstklasse stammend)
- über Tarifbeschäftigte in den wenigen größeren Industriebetrieben mit relativ gutem Einkommen, aber zunehmenden Ungewissheiten angesichts der zunehmend dynamischen technologischen und ökonomischen Entwicklung
- über die Vielzahl der in irgendeiner Form prekär Beschäftigten, die sich teils in ihr Schicksal gefügt, teils verzweifelt und wütend sind, teils aber auch - vor allem im Bereich der "kreativen Klasse" bzw. der "Informationsarbeiter" ihre aktuelle Situation als Sprungbrett für Besseres, für die Zukunft, für freie Entfaltung verstehen,
- bis hin Rentnerinnen und Rentnern, die teils noch gut abgesichert sind, teils und mit zunehmender Tendenz spüren, was Altersarmut bedeutet - und erleben bzw. sichtbar machen, wie dies unter den gegenwärtigen Umständen angesichts gebrochener Erwerbsbiografien und unterdurchschnittlicher, untertariflicher Bezahlung unausweichlich ist,
- bis hin zu verarmten, komplett „Abgehängten“ ohne Aussicht auf individuelle Verbesserung.

All diesen Menschen muss und will linke Politik eine soziale, eine gesellschaftspolitische Klammer bieten.

Fremdenangst und Rassismus in Ost wie West sind kein neues Phänomen. Die Ausbrüche von Hass und Gewalt, auch von rechtem Wahlverhalten seit den 90er Jahren sind vielfältig. Die neue Qualität seit 2015 entstand, eine wachsende Entfremdung vieler Menschen vom etablierten

politischen System zeitlich mit einer größeren Fluchtbewegung aus Krisengebieten des Nahen Ostens, Asiens und Afrikas nach Europa und nach Deutschland zusammenfiel.

Besonders im Osten, der bis dahin kaum von Zuwanderungs- oder Internationalisierungsprozessen betroffen war, brachten die Geflüchteten Menschen zum ersten Mal die Unübersichtlichkeit der aktuellen Weltlage vor die eigene Haustür, personifiziert durch die Schutzsuchenden und Einwanderer bis fast in jedes Dorf. Dem ausbrechenden Hass auf die vermeintlichen „Eindringlinge“ fehlte bis auf wenige mutige und beherzte Ausnahmen das zivilgesellschaftliche Gegengewicht, das die Organisation eines sozialen Zusammenhalts mit der Offenheit und Empathie, für den Blick über die eigene Scholle hinaus verbindet. Ein größerer Teil als im Westen hat sich gegen ein offenes Gesellschaftsmodell entschieden. Es ist müßig, darüber zu diskutieren, ob eine schnellere Angleichung der Renten, der Löhne und weniger Arbeitslosigkeit daran etwas geändert hätten. Denn all diese Prozesse laufen – viel zu langsam, aber stetig.

Während der nationalistisch-völkische Diskurs hier vermeintliche Alternativen des Rückzugs und der Abschottung sowie der ethnisch-kulturellen Homogenität anbietet, haben linke, solidarische Ansätze bislang zu wenig Bindungskraft entfaltet.

Angesichts all dessen gilt: Bei der Beteiligung am derzeit wieder aufflammenden Ostdeutschland-Diskurs darf die über das Regionale in Deutschland hinausgehende Dimension nicht ausgeklammert werden. Bei den aktuell dominierenden Fragen geht es stets um *Alternativen*, angesichts derer man sich klar bekennen muss: Offenheit oder Abschottung, Solidarität oder Egoismus - das ist (materiell wie immateriell) stets die Kernfrage. Egal, ob es um das Verhältnis zu Europa und der Welt geht oder darum, ob man sich der Zukunft stellt oder die Vergangenheit konservieren möchte. „Die Zukunft liegt vor, nicht hinter uns“ - diese Lehre hatte schon die PDS in den 90er Jahren unter anderen, aber auch in bestimmtem Maße vergleichbaren historischen Bedingungen ziehen müssen. Für DIE LINKE heute heißt das: Sie muss sich als die Partei entwickeln und behaupten, die auch auf regionaler Ebene den mit Digitalisierung und Globalisierung einhergehenden dynamischen Wandel auf allen Gebieten mit der sozialen Frage verbindet - ihn also nicht nur sozial abfedert und begleitet, sondern seine Potenziale auch für die Lösung sozialer Fragen ansteuert und ausschöpft.

Freilich, für den Osten Deutschlands stehen diese Fragen in einem spezifischen Kontext: Hier muss es gelingen, ein Gemeinwesen zu gestalten, das trotz oder wegen eines insgesamt geringeren Wohlfahrtsniveaus als im Westen gesellschaftlichen Zusammenhalt und individuelle Sicherheit organisieren kann – und zwar im Rahmen einer Offenheit für die Kontingenz einer modernen Gesellschaft. Im Vergleich mit anderen Transformationsgesellschaften bestehen im Osten Deutschlands jedoch immer noch gute Chancen, Werte von sozialer Gerechtigkeit für alle, aber auch von Offenheit gegen völkisch-nationalistisch motivierte Abschottung zu stellen.

Ein neuer Ansatz sollte die Ostdeutschen nicht ausschließlich in der Rolle der Benachteiligten sehen, sondern ihnen eine aktive Rolle als Gestaltende eines neuen, solidarischen Gemeinwesens unter den Bedingungen von Strukturschwäche, Globalisierungsdruck und auf der Grundlage ihrer spezifischen Transformationserfahrungen zugestehen und abverlangen – die „Ostdeutschen als Avantgarde.“⁴ Wenn DIE LINKE in diesem Sinne Resonanzraum für die politische Verarbeitung der Modernisierungsumbrüche in Ostdeutschland ist, wird sie die AfD in die Schranken weisen können.

Da die historische Bindungskraft der PDS und ihrer Nachfolgerin 27 Jahre nach dem Mauerfall notwendigerweise abnimmt und auch ostdeutsche Heimatgefühle in der gegenwärtigen Polarisierung nicht mehr allein bei der LINKEN adressiert werden, muss unsere Partei ihren

⁴ Engler, Wolfgang: „Die Ostdeutschen als Avantgarde“, 2002. Engler war mit seinem Aufruf sicher zu früh, die politische Frage ist, ob es jetzt zu spät ist.

Gebrauchswert für die Ostdeutschen neu definieren. Dazu gehört auch, die Milieus der Wendegewinner oder zumindest der Nichtverlierer verstärkt in den Blick zu nehmen und „Empowerment“ als Stärkung der gesamten Gesellschaften im Osten zu denken.

Wir wollen *linke Volkspartei* bleiben bzw. wieder werden. Nur so haben und bewahren linke Wertvorstellungen, Ideen und Perspektiven Gewicht und Einfluss in der Gesellschaft. Nur so kann es gelingen, die Gesellschaft auch *links* zu prägen und zu gestalten. Das gilt für Ost wie West. DIE LINKE bewährt sich sowohl als politische Heimat für alte und neue Milieus, als Ausdruck einer politischen Haltung als auch durch politischen Gebrauchswert dort, wo Entscheidungen über den Weg des Gemeinwesens herbeigeführt, gefällt und durchgesetzt werden.

Grundelemente eines linken "Aktionsplanes Ostdeutschland"

Neue strategische Schlussfolgerungen

Die neuen strategischen Schlussfolgerungen aus den Erkenntnissen, die der Wahlgang vom 24. September 2017 mit Blick auf Ostdeutschland beschert hat, sind klar zu umreißen:

- Entwicklung eines *Zukunftsprojekts für Ostdeutschland* und seine unterschiedlichen Regionen mit den Schwerpunkten
 - ◆ Modernisierung für alle in den Bereichen Mobilität und Daseinsvorsorge und
 - ◆ weiterer Ausbau der modernen Infrastruktur, insbesondere Breitband-Versorgung und eGovernment
- DIE LINKE auch aus den Ländern kann und wird dazu konkrete Programme vorlegen und sie umsetzen. Dabei geht es um gleichermaßen strukturelle Erneuerungen wie konkrete Einzelmaßnahmen, die wiederum mit den komplexen Veränderungen verbunden sind - wie etwa Programme für freies WLAN in Dörfern, in Städten und an Bushaltestellen. Sie bieten Ansätze, um Modernisierung mit digitaler Beteiligungen und Anrecht auf kostenlose Daseinsvorsorge zu verbinden. Insbesondere moderne Mobilitätskonzepte, die neue, umwelt- und ressourcenschonende Technologien mit den Potenzialen der digitalen Vernetzung und Steuerung verbinden, können und werden Versorgung und Teilhabe aller Art auch in derzeit noch „abgehängten“ und in den ländlichen Regionen deutlich verbessern.
- Erarbeitung eines *Einwanderungsgesetzes* - verbunden mit einem *Integrationsschub* in Schwerpunkt-Regionen
- Einsetzung von *Enquete-Kommissionen* in Bundestag und Landesparlamenten zum Thema *"Digitalisierung und Zukunft des Sozialstaates und der Kultur- und Bildungshoheit der Länder"*
- Pilotprojekt bzw. *Testphase "Grundeinkommen"* - angelehnt an Erfahrungen in Schleswig-Holstein

Drängende Forderungen der ostdeutschen Länder an die sich neu formierende Bundespolitik

Die Regierungsbildung im Bund erweist sich als außerordentlich kompliziert. Politik entlang der klassischen politischen Lagergrenzen mit der "GroKo" als Ausnahme-Option funktioniert nicht mehr. Noch nie waren, das zeigt sich im Bundesrat, die politischen Konstellationen in Deutschland so bunt; noch nie waren Bündnisse in Sachfragen so breit und so erfolgreich wie in jüngster Zeit. Auch für parlamentarische Oppositionsarbeit eröffnen sich neue Chancen und neue Herausforderungen für politische Mitgestaltung.

Drängende Forderungen der ostdeutschen Länder an die sich neu formierende Bundespolitik, wie sie Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow in seiner Regierungserklärung vom November 2017 zusammengefasst erhoben hat, müssen daher die entschlossene Unterstützung der LINKEN insgesamt finden:

- "Die Angleichung der Lebensverhältnisse muss weiter ein erklärtes Ziel mit zu untersetzenden politischen Maßnahmen sein.
- Das gilt nicht zuletzt für die Rentenangleichung und Schließen der Rentenlücken und

- die Beseitigung von Rentenungerechtigkeiten.
- Dazu gehören auch zusätzliche Behördenstandorte in Ostdeutschland.
- eine höhere Zahl von Ansiedelungen von Wissenschaft als Keimzelle künftigen wirtschaftlichen Erfolgs
- die Förderung der ostdeutschen Hochschulen
- die Entlastung bzw. Unterstützung der Länder bei den Baukosten für Bundesfernstraßen, bei der Schulbauförderung, beim Digitalpakt Schule, beim Qualitätsausbau unserer Kitas, bei spezifischen ostdeutschen Problemen/Belastung durch das Anspruchs- und Anwartschaftüberführungsgesetz (AAÜG) oder die Thüringer Belastung durch umweltpolitische Altlasten, sowie die Entlastung bei Energiekosten.
- und, nicht zuletzt: Die Förderung strukturschwacher Regionen mit Bundes- und EU-Mitteln muss langfristig fortgeführt werden. Ostdeutschland darf nicht die Quittung für den BREXIT präsentiert werden.”⁵

Ein Finanzierungsinstrument wie der Solidaritätszuschlag auf die Lohn- und Einkommenssteuer ist angesichts dessen nicht überholt, sondern muss modifiziert weitergeführt und durch erneuerte, transparente und verbindliche Zweckorientierung wieder legitimiert werden. Die allgemeine Entlastung des Bundeshaushalts, zu der der “Soli” in den letzten Jahren zunehmend geworden war, ist keine akzeptable Zweckorientierung.

Um die notwendige Modernisierung der Gesellschaft und Angleichung der Lebensverhältnisse zu finanzieren, braucht es auch eine andere, eine gerechte Steuerpolitik. Der Wirtschaft geht es gut, große Vermögen sind in den letzten Jahren und Jahrzehnten durch politische Entscheidungen immens angewachsen. Für eine gerechte Verteilung des von den Menschen erarbeiteten Reichtums brauchte es eine Vermögens-, Erbschafts- und Finanztransaktionssteuer. Unsere Partei, unsere Fraktionen und DIE LINKE in den Regierungen werden diese Forderungen auf die politische Tagesordnung setzen.

Verschleppte strategische Fragen jetzt lösen

Zugleich werden im wieder aufflammenden Ostdeutschland-Diskurs unabhängig von der eigentlichen Dimension der Probleme spezifische Sachverhalte aufgeworfen, die als schon lange bestehende strategische Fragen längst hätten gelöst werden müssen - mit deren Weiterbestehen und vermeintlicher Unlösbarkeit sich aber große Teile von Politik und Gesellschaft bereits abgefunden zu haben schienen. Es besteht jetzt zunächst ein *window of opportunity*, diese Dinge politisch wieder anzusprechen, auf die Agenda zu setzen und bestenfalls einer Lösung näher zu bringen bzw. sogar zuzuführen.

Im einzelnen:

→ **Einkommensdifferenz Ost/West.**

Trotz weitgehender *tariflicher* Lohnangleichung besteht dieses Problem nicht nur als “gefühlte” Differenz, sondern auch klar beim Blick auf die Arbeitnehmerentgelte je geleistete Arbeitsstunde weiter fort. Zwar ist der Aufholprozess hier mindestens seit 2001 dynamischer als im Westen, aber angesichts des dort höheren Ausgangsniveaus

⁵https://www.thueringen.de/mam/th1/tsk/Veranstaltungen_2017/2017-11-02_ramelow_regierungserklaerung_thuringen_monitor_2017.pdf

bleibt ein Rückstand des Ostens bestehen. Es gibt einen archimedischen Punkt, um hier voranzukommen: "Dort wo Tarifverträge wirken, kann man schon fast eine tarifliche Lohnangleichung Ost/West feststellen", konstatiert der Bericht zur deutschen Einheit von 2017 - und das angesichts eines Angleichungsniveaus von rund 98 Prozent wohl auch zu recht. Die Schlüsselfrage ist also die *Tarifbindung*, die sich allerdings in Ostdeutschland seit Mitte der 90er Jahre halbiert hat und seit etwa 2010 auf dem bescheidenen Niveau von etwa einem Fünftel der Betriebe verharrt. Dennoch - und auch gerade deswegen - sollte die Politik alles unternehmen, um das tarifpolitisch Erreichte etwa über Allgemeinverbindlichkeitserklärungen oder das Vergaberecht zu stärken und auszuweiten. Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns hat gezeigt, dass regulatorische Eingriffe zur Steigerung des Lohnniveaus wirtschaftlich durchaus verkraftbar sind. Zugleich muss es der LINKEN darum gehen, die Erhöhung des unterdurchschnittlichen Organisationsgrades der ostdeutschen Beschäftigten zu unterstützen. Eine Stärkung der Tarifbindung, ein höherer Mindestlohn und eine Angleichung der Löhne im Osten an das Westniveau müssen politisch auf die Tagesordnung gesetzt werden – aus unserer Partei, unseren Fraktionen und unseren Regierungen und gemeinsam mit den Gewerkschaften.

Aber Achtung: Beim Thema Lohnangleichung muss man dann aber auch über die *Lohn- und Gehaltsangleichung zwischen Männern und Frauen* reden!

→ ***Abschaffung unterschiedlicher Rechtsrahmen.***

Solche Unterschiede bestehen weiter und wirken nicht nur symbolisch besonders diskriminierend und demütigend. Im einzelnen geht es zumindest um folgendes:

- ◆ gleiche (tarifliche) Mindestlöhne Ost und West
- ◆ getrennte Tarifgebiete Ost und West überwinden
- ◆ VBL Ost - Sonderregelungen abschaffen
- ◆ Arbeitszeiten angleichen (vor allem an den Entgelten pro Arbeitsstunde werden die Einkommensdifferenzen Ost und West erkennbar!)
- ◆ Benachteiligung spezieller Gruppen als Spätfolge Einigungsvertrag überwinden (z. B. in der DDR geschiedene Frauen)

Eine Schlüsselfrage war hier immer die Angleichung der *Rentenpunkte* Ost an das West-Niveau. Das ist nun zum Ende der letzten Legislatur-Periode des Bundestages geschehen - allerdings um den Preis, dass sie bislang als Ausgleichsmoment gedachte Höherwertung von DDR-Einkommen entfällt. So führt etwas, das auf den ersten Blick als Erfolg für Ostdeutschland erscheint, vor allem bei den rentennahen Jahrgängen, aber auch bei allen Betroffenen der Einkommensdifferenz Ost/West zu einer Schlechterstellung im Rentenalter. Dazu kommt, dass dies jetzt vorgenommene Veränderung im Rentensystem der Gefahr von Altersarmut generell, also auch im Westen, nicht begegnet. Zu fordern ist also die *Einrichtung eines Instruments gegen Rentenarmut in Ost und West.*

→ ***Umgang mit dem Rückstand in der Wirtschafts- und Finanzkraft der ostdeutschen Länder und Kommunen.***

Die Differenz zwischen Ost und West hat sich etwa seit Mitte der 90er Jahre verstetigt: Beim BIP Ost zwischen 70 und 75 Prozent West, beim Steueraufkommen je Einwohner bei knapp zwei Dritteln des Niveaus der finanzschwächeren Länder West, bei der Steuerdeckungsquote bei etwas über 60 Prozent (West: 77,6%). Die Neugestaltung des

bundesstaatlichen Finanzausgleichs ist jedoch in der abgelaufenen Legislaturperiode abgeschlossen worden - zu Konditionen, die für die Ost-Länder momentan halbwegs auskömmlich sind – aber auch die Gefahr bergen, dass in wenigen Jahren die Kluft der Finanzausstattung zwischen armen (Ost-) und reichen Ländern sich schnell vergrößern kann.

Ein interessanter Ansatz ergibt sich jedoch beim Blick auf die *Kommunen*. Hinsichtlich ihrer Steuerkraft zeigen sich sowohl ein klares Ost-West- als auch ein größer werdendes Nord-Süd-Gefälle. Dramatisch wird es bezüglich der kommunalen Verschuldung: Bei der Höhe der Kassenkredit zeigt sich ein regelrechter Krisengürtel durch Deutschland von Nordost bis in den tiefen Westen der Republik (NRW, Rheinland-Pfalz).

Im aktuellen Kommunalen Finanzreport der Bertelsmann-Stiftung heißt es dazu: “Den schwachen Kommunen gelingt selbst im aktuellen positiven wirtschaftlichen Umfeld keine tiefgreifende Trendwende. Hinter der Kulisse hoher Steuereinnahmen wachsen die Risiken aus Sozialausgaben und Zinsen ... Bereits kleine Eintrübungen der Konjunktur werden viele Kommunen hart treffen. Angesichts der guten konjunkturellen Rahmenbedingungen ist die Zeit günstig, über eine *große Lösung der Kassenkredite nachzudenken*”.⁶

Dieser Vorschlag verdient aktive politische Unterstützung - wie auch der folgende:

“Die Ausgaben für Hartz-IV sind ein Spiegelbild der sozialen Lage. Sie kumulieren automatisch in den armen Kommunen. Ein Abbau dieser Ausgaben scheint nicht möglich. Die Verortung der Hartz IV Kosten bei den Städten und Kreisen bedeutet daher praktisch eine dauerhafte Benachteiligung schwacher und Bevorteilung starker Kommunen” - und sollte daher anders geregelt werden.

→ **Regional- und Strukturpolitik.**

Schon seit längerem zeigt sich, dass das Problem strukturschwacher Regionen nicht allein auf die früheren Grenzen der DDR zu reduzieren ist. Manche makroökonomischen Indikatoren sind irreführend: Ein Blick auf das BIP pro Einwohner auf kommunaler Ebene, wie im Bericht zur deutschen Einheit 2017 angestellt, macht deutlich, wie weit dieses Problem in den Westen der Republik hinein reicht. Andererseits zeigt der Raumordnungsbericht des Bundes, dass im Osten mittlerweile Leistungszentren entstanden sind, mit denen sich Verantwortung und Attraktivität für das jeweilige auch weitere Umland verbinden - neben Berlin etwa das sächsische Städtedreieck mit den anschließenden Achsen bis nach Jena/Erfurt bzw. Halle/Magdeburg. Es braucht linke Antworten für die besonderen Problemlagen im ländlichen Raum – von gezielter Förderung für öffentliche Infrastruktur (Verkehr, Internet, Zugang zu öffentlicher Verwaltung, ...) über wohnortnahe Bildung bis hin zu Angeboten für Gesundheit und Pflege sowie Kultur. Das schließt auch Fragen von Rekommunalisierung, dezentraler Energieproduktion und -versorgung sowie einer linken Landwirtschaftspolitik mit ein. Seitens der LINKEN wurden angesichts dessen bereits 2013 mit einiger Wirksamkeit “Elemente einer *neuen Regional- und Strukturpolitik*” vorgelegt; die Ostbeauftragte der scheidenden Bundesregierung, Iris Gleicke, folgte 2015 mit ähnlichen Vorschlägen für ein *gesamtdeutsches Fördersystem*. Diese Ansätze müssen weiter verfolgt, evaluiert und erneut in die politische Debatte gebracht werden.

⁶<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/nachhaltige-finanzen/kommunaler-finanzreport/kassenkredite/tabid/8060/>

→ **Bildungs- und Wissenschaftspolitik.**

Eine Politik, die mit der Stärkung der ostdeutschen Regionen die wirtschaftliche, aber auch die soziokulturelle Entfaltung gleichermaßen im Blick hat, muss auf die Stärkung von Bildungs- und Wissensinfrastruktur größten Wert legen. Je höher die Bildungsbeteiligung und auch der formale Bildungsstand, umso besser können Menschen mit den Herausforderungen der Zukunft umgehen. Nicht zuletzt das klare Bildungs- und nicht Einkommensgefälle bei den Wähler_innen der AfD bestätigt diese These. Wer wie DIE LINKE Ostdeutsche in Führungspositionen will, muss sie auch dafür ausbilden. Gerade das Bildungs- und Wissenschaftssystem im Osten Deutschlands wie in anderen strukturschwachen Regionen, droht den Anschluss weiter zu verlieren. Linke Bildungspolitik muss umfassend gedacht werden: Von der Kita über die Schulen, Ausbildung und Hochschulen bis zur Erwachsenen- und Fortbildung. Im Schulbereich werden zwei Großthemen die Entwicklung bestimmen: zum einen die Digitalisierung, zum anderen der Fachkräftemangel bei Lehrkräften und Erzieher_innen. Die Digitalisierung der Schulen wird ohne ein umfassendes Förderprogramm des Bundes bereits an fehlenden technischen und personellen Ressourcen scheitern. DIE LINKE muss weiter auf die Aufhebung des Kooperationsverbotes drängen, das Digitalisierungsprogramm könnte der wichtigste Baustein einer Bildungspolitik des Bundes werden. Anhand verschiedenster Indikatoren lässt sich darstellen, dass Hochschulstandorte im Osten sowohl zur ökonomischen wie zur soziokulturellen Entwicklung ganzer Regionen beitragen. Im Zuge der zunehmend wettbewerblichen Hochschulfinanzierung nicht zuletzt über Drittmittel aus Bund- Länderprogrammen geraten die ostdeutschen Hochschulen mangels Masse und internationaler Sichtbarkeit weiter unter Druck. Weder in der Exzellenzstrategie des Bundes noch bei der DFG sind die ostdeutschen Universitäten proportional angemessen beteiligt. Ob der auf Studienplätze orientierte Hochschulpakt 2020 von Bund und Ländern in der bisherigen Form weitergeführt wird, ist nach dem derzeitigen Stand der Sondierungsverhandlungen offen.

- ◆ DIE LINKE muss sich dafür einsetzen, dass der Bund kapazitätsorientiert dauerhaft in die Finanzierung von Hochschulen einsteigt. Dies kann über eine Neuauflage des Hochschulpaktes geschehen, der weiterhin den Nichtabbau von Studienplätzen im Osten besonders unterstützt.
- ◆ Notwendig ist zudem eine besondere Bundesförderung der Fachhochschulforschung in nennenswertem Umfang, von der ostdeutsche Standorte als Wissensspeicher und Innovationsmotoren profitieren können.

→ **EU-Kohäsionspolitik.**

Die Fraktionsvorsitzenden-Konferenz der LINKEN hat bereits Anfang 2017 eine Debatte über die Zusammenhänge zwischen der künftigen EU-Kohäsionspolitik und der Interessenlage von Bund und Ländern geführt und politische Schlussfolgerungen gezogen:

- ◆ Kohäsionspolitik der EU prinzipiell weiterführen
- ◆ weiterhin besondere Förderung von Regionen mit unterdurchschnittlichem Wirtschafts- und Sozialstandard. Status der Übergangsregionen fortschreiben.
- ◆ Entwicklung des ländlichen Raumes gerät ins Zentrum
- ◆ Förderung von Regionen in äußerster Randlage gewinnt an Bedeutung.
- ◆ weitere Förderung der grenzüberschreitenden Kooperation.
- ◆ Förderung für die Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft
- ◆ weitere Unterstützung von Forschung
- ◆ weitere Fördermaßnahmen Arbeitsmärkte

- ◆ auf dem Weg zu Metropolen- und Verdichtungsräumen Ghettoisierung, Gentrifizierung etc. meistern.
- ◆ Zuordnung von Regionen sauber regeln.
- ◆ Spezifik und die besonderen Bedingungen der südlichen Mitgliedsländer der EU beachten

→ **Regionale Herausforderungen Ost von bundesweiter Bedeutung.**

Bei zumindest zwei dieser Herausforderung wird der Osten weitgehend allein gelassen - das muss sich ändern. Das betrifft

- ◆ einerseits die *Gestaltung der deutschen Hauptstadtregion*, bei der der Bund und die Gemeinschaft der Länder eher im Hintergrund bleiben, während die Länder Brandenburg und Berlin eher Rücken an Rücken, mit dem Blick vor allem auf das eigene Innenleben, nicht aber die größeren Zusammenhänge agieren.
- ◆ Andererseits geht es um die *Energiewende in der Lausitz*, wo zwar Bundesmittel im Hintergrund stehen, der Strukturwandel selbst aber der jeweiligen Landespolitik, der landespolitischen Kooperation zwischen Sachsen und Brandenburg sowie kommunalen Aktivitäten überlassen bleibt. Das ist eindeutig unterdimensioniert.

→ **Unterrepräsentanz von Ostdeutschen.**

Erst kürzlich bestätigte ein von der Deutschen Gesellschaft e.V. eingesetztes Expertengremium einen "klaren strukturellen Nachteil der Ostdeutschen" bei der Besetzung von Spitzenpositionen. Immer noch entschieden "die territoriale Herkunft und die Zugehörigkeit zu Elitenetzwerken" über deren Besetzung; die Verfestigung dieser Ungleichheit zeitige "negative Auswirkungen auf die Akzeptanz der praktizierten Demokratie und ihrer Institutionen in Ostdeutschland". Die Ostbeauftragte der scheidenden Bundesregierung, Iris Gleicke, sprach angesichts dessen von einer "Lücke in der Vertretung ostdeutscher Interessen, Sichtweisen und Lebenserfahrungen auf der gesamten Bundesebene", für die es "keinen sachlichen Grund mehr" gebe. Und weiter: "Eine politische und gesellschaftliche Reflexion hierzu unter Beteiligung der Ostdeutschen könnte bereits ein Teil der Lösung sein."⁷ Auf eine solche *Debatte über die Unterrepräsentanz der Ostdeutschen* muss hingewirkt werden - bestehende *Expertise dafür ist vorhanden und nutzbar.*⁸

In früheren Zyklen der Debatte über die Unterrepräsentanz der Ostdeutschen ist immer wieder auf rechtliche Hindernisse verwiesen worden, die etwa der Einführung "landsmannschaftlicher Quoten" oder von "Landeskinderregelungen" bei der Besetzung von Verwaltungsstellen in Bund und Ländern entgegen stünden. Gleichwohl sei noch einmal auf *Artikel 36 (1) GG* verwiesen, dessen Umsetzung und sinngemäße Beherzigung einzufordern bleibt: "Bei den obersten Bundesbehörden sind Beamte aus allen Ländern in angemessenem Verhältnis zu verwenden. Die bei den übrigen Bundesbehörden beschäftigten Personen sollen in der Regel aus dem Lande genommen werden, in dem sie tätig sind."

⁷<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2017/20171009-anhaltende-unterrepraesentanz-von-ostdeutschen-in-fuehrungspositionen.html>

⁸ Angelow, Jürgen: Entorgt und ausgeblendet. Elitenwechsel und Meinungsführerschaft in Ostdeutschland. Potsdam: WeltTrends. Potsdamer Wissenschaftsverlag 2017

→ ***Ostdeutsche Lebensleistungen***

werden noch allzu oft vor allem auf das bezogen, was Ostdeutsche vor 1989 erbracht oder auch erlitten haben. Ostdeutsche Lebensleistungen sind mehr als das, was zu DDR-Zeiten geschah - und die Lebenswirklichkeit vor wie nach 1989 war komplexer, als die Fixierung auf Schlüsselwörter wie Diktatur und Freiheit assoziieren. Vor diesem Hintergrund tut sich ein ganzes Universum von Erfahrungen, Sichten und Einsichten auf. Punktuelle Zuspitzungen wie die "Unrechtsstaats-Debatte" einerseits oder Relativierungen des diktatorischen Charakters der DDR andererseits sind hier nur wenig dienlich. Unter Beachtung dessen sollte eine neue gesellschaftliche Debatte gesucht werden, in der es nicht um das DDR-Bild als Ganzes, wohl aber um die Frage nach dem "anständigen Leben" in einem schwierigen Umfeld gehen sollte. Also um Fragen wie:

- ◆ Welche traditionellen Werte hatten Bestand?
- ◆ Welche Werte erlangten besondere Bedeutung?
- ◆ Warum gelang dem DDR-Sozialismus an welcher Stelle besondere und nachhaltige Prägekraft?
- ◆ Wie entstand Zufriedenheit, wie gelangen individuelle und gemeinschaftliche Erfolge?
- ◆ Welche widerständigen, subversiven und emanzipatorischen Praxen entwickelten sich?

Zielpunkt sind für uns Veränderungen in Bildungsangeboten an Kitas, in Schulen, Ausbildung, beruflicher und universitärer Bildung sowie in der Politischen und Erwachsenenbildung. Messlatte sollte dabei der "Beutelsbacher Konsens" sein: Überwältigungsverbot (keine Indoktrination); Beachtung kontroverser Positionen in Wissenschaft und Politik im Unterricht; Befähigung der Schüler, in politischen Situationen ihre eigenen Interessen zu analysieren.⁹

Für den Pluralismus in Wissenschaft und Politik tragen allerdings auch die Ostdeutschen selbst, aber auch wir, DIE LINKE, eine große Verantwortung. Ein präziseres, lebensnäheres Geschichtsbild kann nicht nur von den anderen eingefordert werden, sondern muss auch wieder in der Partei insgesamt und bei ihr nahestehenden Strukturen politischer Bildungsarbeit eine größere Rolle spielen.

Auch hier gilt: Es geht nicht allein um die Zeit vor 1989, sondern zunehmend auch um die danach, im Zuge der Transformation, erbrachten und teils auch verweigerten Lebensleistungen. In der Transformations- und Modernisierungsforschung ist dies bislang wenig wirksam geworden; die Ostdeutschland-Forschung fristet ein zunehmend prekäres Dasein am Rande. Wir wollen erreichen, dass sich das ändert. Für die Selbstverständigung der Deutschen über ihren Platz und ihren Weg in Gegenwart und Zukunft ist es erforderlich, auch diese Erfahrungen engagierter und offener, vielfältiger und breiter aufzuarbeiten und auch kritischen Stimmen mehr Raum und Gehör zu verschaffen.

→ ***Aufarbeitung der ökonomischen, rechtlichen und politischen Weichenstellungen in die deutsche Einheit 1990.***

Im Wahlprogramm der LINKEN für die Bundestagswahlen 2017 heißt es: "Treuhandpolitik, Privatisierungen und die Goldgräberstimmung krimineller Investoren in den 1990er Jahren brauchen Aufarbeitung. Wir sehen ein massenhaftes

⁹ <http://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens>

Politikversagen auf allen Ebenen. DIE LINKE wird sich daher in der nächsten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages für eine Enquetekommission einsetzen, die diese tiefen Einschnitte im Leben Millionen Ostdeutscher aufarbeitet und die damaligen Politikansätze und Institutionen wie die Treuhand überprüft.“ Wir schlagen der Bundestagsfraktion vor, diesen Ansatz zu erweitern: Die Missstände der Treuhand-Politik sind schon des öfteren angeprangert worden, es gab in den 90er Jahren einen Untersuchungsausschuss und auch Gerichtsverfahren gegen Treuhand-Kriminalität. Heute kann und muss man darüber hinausgehen und die gesellschaftspolitischen Weichenstellungen untersuchen, die sich in Recht und Gesetz der größer gewordenen Bundesrepublik niederschlugen - allen voran im Einigungsvertrag. Sein Gehalt und seine Wirkungen gilt es zu untersuchen - auch im Hinblick darauf, ob Ansprüche Ostdeutscher in der Umsetzung des Vertrages vernachlässigt oder ignoriert wurden und ob sie ggf. noch einklagbar sind. Der Einigungsvertrag kam in Zeiten zustande, in denen das neoliberale Paradigma in den westlichen Ländern auf dem Vormarsch war - heute steht es wissenschaftlich und in der gesellschaftspolitischen Debatte weitgehend unter Kritik. Die Aufarbeitung der ostdeutschen Erfahrungen kann hier einen zentralen Baustein der Erkenntnis liefern.

→ ***Eine neue Art demokratischer Politik.***

Wer unter den heutigen Bedingungen erfolgreich handeln will und für Ostdeutschland etwas erreichen will, braucht eine *neue Art demokratischer Politik - ein Verständnis von politischer Führung, das die Zivilgesellschaft als Akteur auf Augenhöhe akzeptiert.* Beteiligungsprozesse und Kommunikation müssen heute auf neue Art gestaltet werden, damit man Mehrheiten für politische Anliegen erreichen kann. Man muss auch zur Kenntnis nehmen, dass sich Interessen und Einwände mit einer Absolutheit des Anspruches artikulieren, die einen Dialog sehr schwer machen. Es entstehen vielfältige neue Interessen und Bestrebungen. Gelegentlich geraten sie miteinander, mit dem Althergebrachten, mit übergeordneten Interessen des Gemeinwesens, auch mit Politik und Verwaltung in Konflikt. Die Bereitschaft zur Selbstregulation ist in solchen Situationen leicht überfordert, die Abwägung zwischen Eigensinn und Gemein Sinn insbesondere in verhärteten Konfliktsituationen schnell blockiert. Der klassische Ruf nach mehr direkter Demokratie und nach mehr Transparenz ist in diesen Situationen richtig, aber oftmals unzureichend. Widersprüchliche, ja geradezu konträre Einzelinteressen können sich sehr wohl jeweils für sich demokratisch organisieren – aber der Interessenausgleich kann gerade dann nicht immer durch eine Mehrheits- oder eine Obrigkeits-Entscheidung hergestellt werden. Vielmehr muss eine neue Balance zwischen repräsentativer Machtausübung und partizipativer Problemlösung gefunden werden.

Ostdeutschland hat seit den demokratischen Bewegungen im Jahr 1989 vielfältige Erfahrungen mit eigenständigen Formen der politischen Willensbildung und Selbstorganisation gesammelt. So wurde bereits früh das Instrument der Runden Tische auf nationaler, aber auch auf kommunaler und lokaler Ebene eingesetzt. In der Phase des ökonomischen und gesellschaftlichen Um- und Abbaus gründeten sich die Komitees für Gerechtigkeit, um der Betroffenen dieser Prozesse eine Stimme zu geben. In den 2000er Jahren fand sich die 3. Generation Ost zusammen, die einem biographischen Selbstbild der Generation derjenigen eine Stimme zu geben, die in der Endphase der DDR Kinder und Jugendliche waren. Diese Erfahrungen zeichnete eine bestimmte Form der Orientierung auf Konsens und Basisdemokratie aus.

Mediation kann eine solche Form demokratischer Konsensstiftung sein. Betroffene und Aktivistinnen und Aktivisten begeben sich dabei freiwillig in ein strukturiertes Verfahren

mit dem Ziel, den Konflikt konstruktiv beizulegen und zu einer Lösung zu kommen. Mediationsmodellprojekte dort, wo wir politische Verantwortung tragen und politischen Einfluss haben, können die Möglichkeiten eines konsensstiftenden Umgangs als lernenden gesellschaftlichen Prozess versuchen und damit die Integration ausdifferenzierter Interessen ermöglichen.

Wir wollen Demokratie im Alltag stärken. Dafür gibt es drei zentrale Voraussetzungen: verbesserten Informationszugang, mehr Transparenz von Politik und Verwaltung, mehr direkte Demokratie. Insbesondere soll die direkte Demokratie erleichtert bzw. auf Bundesebene eingeführt werden; auf kommunaler Ebene wünschen wir uns mehr Freiraum für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide.

Uns geht es um eine *neue Beteiligungspolitik, die Wege zur Abwägung öffnet, die Ausgleich ermöglicht* - und zwar *bevor* Entscheidungen fallen. Gelänge uns das nicht, würden die Zugänge zum politischen Prozess vermauert und letztlich wieder nur Frustrationen erzeugt. Das betrifft alle gesellschaftlichen relevanten Entscheidungsprozesse - dabei gibt es gute und schlechte Ergebnisse. Wir LINKE wollen an diese Erfahrungen anknüpfen, aus ihnen lernen, für ihre politische Umsetzung sorgen und so letztlich gelingende Beteiligungsprozesse schaffen.

Die Rolle der LINKEN und ihr Weg zur Partei einer sozial geprägten Zukunft

Der Weg zurück zu einer engagierteren und wirksameren Politik für Ostdeutschland muss für DIE LINKE ein Weg nach vorn sein. So, wie wir jetzt sind, haben wir im Osten unseres Landes an Zustimmung verloren - wenn wir wieder mehr Menschen erreichen wollen, müssen wir uns ändern, müssen wir besser werden. Aus dem Ausgang der Bundestagswahl müssen wir lernen, die *Partei einer sozial geprägten Zukunft* zu werden - eine Partei, die Zukunft gestaltet und für alle zur Chance macht, und die zugleich die Interessen und Erfahrungen der Menschen hier und heute wahrnimmt und sichtbar in ihre Politik einfließen lässt.

DIE LINKE kann als Partei einen wichtigen Beitrag leisten, die ostdeutsche Gesellschaft in die globalisierte Moderne mitzunehmen. Sie hat sich in der Debatte um die Aufnahme und Integration von Geflüchteten engagiert und ist dafür angefeindet und bei Wahlen abgestraft worden. Wie einleitend ausgeführt, überrascht es nicht, dass die ostdeutsche Gesellschaft anders mit den Herausforderungen der Globalisierung und Modernisierung umgeht. DIE LINKE sollte in dieser Situation mit der Haltung eines humanistisch orientierten Pragmatismus in die Diskussion gehen, Probleme nicht leugnen, sondern lösen, aber mit einer klaren Haltung für Offenheit und Vielfalt streiten. Wir sollten Debatten etwa um neue Flüchtlingsunterkünfte, um Herausforderungen Vielfalt in Schulen oder auch um Fragen der inneren Sicherheit nicht nur führen, sondern wo notwendig auch selbst organisieren. Ein offenes Visier und der Wille zur Diskussion über die Alltagsprobleme der Menschen zahlen sich auf lange Sicht auch politisch aus.

Integration ist Arbeit für alle Beteiligten und bedarf politischer Unterstützung. Diese besteht in erster Linie im Kampf um bessere soziale Absicherung und mehr soziale Gerechtigkeit für ALLE hier lebenden Menschen. Aber auch die Diskussion und Förderung von gemeinsamen Werten, von interkultureller Kompetenz und das Kennenlernen von Neu- und Älterbürger_innen im Osten steht auf der Agenda der LINKEN. Wir sollten das Leitbild einer sozialen Einwanderungsgesellschaft auch für Ostdeutschland weiter entwickeln und eine konsistente politische Agenda entwerfen.

Auf allen Ebenen muss die Partei wieder *lebendiger und politischer* werden. Viele, vor allem

jüngere Menschen, finden derzeit zu uns - und sie treffen zugleich noch auf viele Genossinnen und Genossen, die unterschiedlichste Phasen und Etappen der Arbeiter*innenbewegung, des realen Sozialismus und der Linken in Deutschland und Europa miterlebt und mit gestaltet haben. Der Blick der Jüngeren reicht manchmal nur wenige Jahre zurück - dafür ist ihre Motivation für eine soziale Zukunft und ihre Kenntnis der Ausgangsbedingungen dafür besonders ausgeprägt. Wir wenden dieser Generation der Jüngeren zu, die im Osten Familien gründen, die insbesondere die ostdeutschen Städte bevölkern, für die DDR nicht mehr der Ursprung ihrer politischen Sozialisation ist und die eine solidarische Politik aus den Herausforderungen der Zukunft ableitet. Aus beidem kann und wird ein produktives Spannungsverhältnis entstehen, ein lebendiges Miteinander in einer Partei, die sich den Menschen im Land, ihren Belangen und ihren sehr unterschiedlichen Erfahrungen, verpflichtet fühlt - kein Konflikt von Jung und Alt. Und auch kein kaltes Nebeneinander.

Zugleich müssen wir die *Ressourcen der Partei* stärker konzentrieren und zielorientierter einsetzen:

- Das *theoretische und analytische Hinterland* unserer Politik - auch für die hier entwickelten Positionen zu Ostdeutschland - muss stärker entwickelt werden. Wir brauchen einerseits mit eigenständigen Beiträgen Anschluss an die in vielen westlichen Ländern und auch in Organisationen wie der OECD geführte (Finanz-)Kapitalismus-kritische Debatte und die Suche nach einem Entwicklungspfad mit mehr sozialer Balance (*Inclusive Growth*), andererseits ist es an uns, diesen Diskurs auch in die tatsächliche Politik einzuführen und praktisch wirksam zu machen. Das ist auch eine Anforderung direkt an die Fraktionen der LINKEN im Bundestag und in den Landtagen.
Auch zur verbreiteten Marx-Renaissance ist ein wirksamerer Beitrag der LINKEN nötig, der sich auch aus ihrer vielfältigen Erfahrung mit dem Marxismus und der Marx-Rezeption speist.
- Die *rechtliche Untersetzung* unserer Positionen, der von uns erhobenen Forderungen und auch Vorwürfe, muss deutlich besser und solider werden. Das ist eine originäre Aufgabe von Parlamentsfraktionen. Wenn wir den Einigungsvertrag, seine konzeptionellen Wurzeln und gesellschaftspolitischen Folgen, zum Thema einer Enquete-Kommission machen wollen, brauchen wir dafür auch analytischen Vorlauf. Eine Basis dafür ist durchaus vorhanden - sie muss genutzt und aktualisiert werden. Das gilt sinngemäß auch für *Bildung und Politische Bildung*. Wir können hier nicht nur fordern, sondern müssen auch selber arbeiten und arbeiten lassen.
- Nicht alles werden Partei und Fraktionen aus eigener Kraft leisten können - wissenschaftliche Expertise muss gewiss auch extern mobilisiert und entsprechend vergolten werden. Gleichwohl müssen auch die inneren Ressourcen verantwortungsbewusst genutzt und entwickelt werden. Gegenwärtig entsteht der Eindruck, dass die ostdeutsche Expertise bei der Bundestagsfraktion der zurückliegenden Legislatur-Periode in Auflösung begriffen ist. Sollte dies geschehen, halten wir das für einen großen Fehler. Engagement und Wirksamkeit in und für Ostdeutschland ist keine regionale Nachrangigkeit, sie braucht eine strukturelle Basis auf Bundesebene. ("AG Ost")
- Schließlich brauchen wir *untereinander mehr Verbindlichkeit*. Konzeptionelle Erwägungen und programmatische Erkenntnisse brauchen politische Umsetzung an jenen Schaltstellen, an denen wir Einfluss und Gestaltungsmöglichkeiten haben. Sie müssen in politische Entscheidungen umgesetzt werden. Sie brauchen auch kommunikative Begleitung - aber sie dürfen auch nicht in einem schnellen propagandistischen

Strohfeuer vergehen.

Wir nutzen verstärkt unsere Regierungsbeteiligungen in drei ostdeutschen Ländern, um das Bild der LINKEN als Partei mit Ostkompetenz zu prägen. Insbesondere die aus Thüringen geführte Debatte um eine solidarische Einwanderungsgesellschaft, die ein Gewinn für die lange auf Schrumpfung orientierte ostdeutsche Gesellschaft darstellen kann, kann hier als Vorbild gelten. Aber auch die gemeinsam verfassten Anforderungen der ostdeutschen Landesregierungen an eine neue Koalition im Bund trugen auch eine linke Handschrift. Nicht zuletzt konnten LINKSbeteiligte Regierungen im Bundesrat wichtige Akzente zur Unterstützung des Ostens setzen. Regierungsverantwortung im Osten kann zur Schärfung des Profils beitragen, unseren Charakter als Volkspartei im Osten festigen und ostdeutsche Perspektiven in Verwaltungen besser verankern. Dieses Instrument sollte daher offensiv genutzt und von der Bundespartei und der Bundestagsfraktion gefördert und unterstützt werden.

Zusammenfassung

Weichenstellungen für die Zukunft

- Entwicklung eines *Zukunftsprojekts für Ostdeutschland* und seine unterschiedlichen Regionen mit den Schwerpunkten
 - ◆ Modernisierung für alle in den Bereichen Mobilität und Daseinsvorsorge und
 - ◆ weiterer Ausbau der modernen Infrastruktur, insbesondere Breitband-Versorgung und eGovernment
- Erarbeitung eines *Einwanderungsgesetzes* - verbunden mit einem *Integrationsschub* in Schwerpunkt-Regionen
- Einsetzung von *Enquete-Kommissionen* in Bundestag und Landesparlamenten zum Thema *“Digitalisierung und Zukunft des Sozialstaates und der Kultur- und Bildungshoheit der Länder”*
- Pilotprojekt bzw. *Testphase “Grundeinkommen”* - angelehnt an Erfahrungen in Schleswig-Holstein

“Reparaturbetrieb” und notwendige Korrekturen

Stärkung der Tarifbindung

- ◆ Initiierung einer öffentlichen Debatte
- ◆ Allgemeinverbindlichkeitserklärungen
- ◆ Vergaberecht
- ◆ Unterstützung für stärkeren Organisationsgrad in den Gewerkschaften, aber auch von Unternehmen in Arbeitgeberverbänden

Abschaffung unterschiedlicher Rechtsrahmen

- ◆ gleiche (tarifliche) Mindestlöhne Ost und West
- ◆ getrennte Tarifgebiete Ost und West überwinden
- ◆ VBL Ost - Sonderregelungen abschaffen
- ◆ Arbeitszeiten angleichen
- ◆ Benachteiligung spezieller Gruppen als Spätfolge Einigungsvertrag überwinden (z. B. in der DDR geschiedene Frauen)

Instrument gegen Rentenarmut in Ost und West

Kommunalfinanzen

- ◆ “große Lösung” für die Kassenkredite (Ost-West-übergreifend)
- ◆ Entlastung der Kommunen von den Hartz-IV-Kosten

Regional- und Strukturpolitik

- ◆ weiterhin wirksame Regionalförderung auch nach Auslaufen Soli II
- ◆ Regional- und strukturpolitisches Konzept aktualisieren, politisch aufwerten und verstetigen

Regionale Herausforderungen Ost von bundesweiter Bedeutung - mit angemessener

Beteiligung des Bundes & angemessene Neujustierung der Landespolitiken:

- ◆ Gestaltung der deutschen Hauptstadtregion
- ◆ Energiewende in der Lausitz

Stärkung von Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur

- ◆ Schulbereich:
 - umfassendes Förderprogramm zur Digitalisierung der Schulen - Aufhebung des Kooperationsverbotes
 - Fachkräftemangel bei Lehrkräften und Erzieher_innen.
- ◆ dauerhafter und kapazitätsorientierter Einstieg des Bundes in die Finanzierung von Hochschulen
- ◆ besondere Bundesförderung der Fachhochschulforschung

Unterrepräsentanz von Ostdeutschen:

- ◆ Initiierung einer öffentlichen Debatte (rls → politische Stiftungen, Buch Angelow)
- ◆ Berufungspraxis Universitäten und Hochschulen

Ostdeutsche Lebensleistungen

- ◆ Ostdeutsche Lebensleistungen wurden vor, aber auch nach 1989 erbracht!
- ◆ Kulturelle und diskursive Offensive um Frage nach dem "anständigen Leben" vor 1989 , nach dem Gelingen in einem schwierigen Umfeld
- ◆ Öffnung des Blicks in Bildung und Politischer Bildung (nach dem Modell des Beutelsbacher Konsenses) sowie Wissenschaft und Forschung
- ◆ Aufarbeitung der ökonomischen, politischen und v.a. rechtlichen Weichenstellungen seit 1989/90 für den Transformationsprozess in Ostdeutschland (z.B. durch eine Enquete-Kommission im Bundestag)

Gleiche Anerkennung von (Lebens-)Leistungen von Frauen und Männern